

Wie Nachrichten gestrickt sind

Am 16.3. konnte man in den 9 Uhr-Nachrichten wie auch in den Abendnachrichten und so wahrscheinlich auch über den Tag verteilt im Deutschlandfunk (DLF) folgende Meldung vernehmen:

"Auf der UNO-Frauen-Konferenz in New York ist zum Abschluß doch noch eine Einigung erzielt worden. Die Vertreter von fast 200 Regierungen verabschiedeten trotz Bedenken islamischer Staaten und des Vatikan eine Erklärung zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Das Papier schreibt die Pflicht der Staaten fest, die Rechte von Frauen und Mädchen genauso zu schützen wie die von Männern und Jungen. Auch die sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen wird betont. Die islamischen Länder konnten sich nicht mit einer Ausnahmeregelung durchsetzen, mit der die Rechte von Frauen aufgrund kultureller Besonderheiten eingeschränkt werden können."

Es geht also um den Schutz von Frauen vor Gewalt, und dagegen hat der Vatikan offenbar etwas einzuwenden - dieser Eindruck wird erweckt. Das soll wieder einmal bestätigen, daß den Frauen in der katholischen Kirche nicht die ihnen zukommenden Rechte gewährt werden, und nun sogar das Recht, vor Gewalt geschützt zu werden.

Beachtet man nicht, was infolge Sprachmanipulation inzwischen unter "Rechten von Frauen und Mädchen" oder unter "sexueller Selbstbestimmung" mitgedacht werden soll, so ist die zitierte Nachrichtenmeldung formal gesehen hinsichtlich der aufgeführten Fakten nicht zu beanstanden, d. h., die Verunglimpfung des Vatikan bedurfte hier keiner besonderen Bemühungen. Beanstanden muß man allerdings sehr wohl, daß die Fakten in der Meldung geschickt selektiert wurden und daß nicht mitgeteilt wird, welche Bedenken denn der Vatikan hatte.

Es ist nicht leicht, den wirklichen Ablauf der Verhandlungen auf der genannten Konferenz aus dem Internet zu rekapitulieren, vor allem, weil die Medien vielfach gleichlautende Formulierungen verwendeten. Dennoch können folgende interessante Aspekte bemerkt werden, wenn man die diversen medialen Berichte gleich einem Puzzle analysiert:

1. Bedenken wurden nicht nur von islamischen Staaten und dem Vatikan vorgebracht, sondern auch von Nicaragua und Polen (Die Welt) sowie Rußland (heute-Sendung des ZDF). Es ist zu vermuten, daß die Beschränkung auf die Nennung der islamischen Staaten und des Vatikan mit der Absicht vorgenommen wurde, verbreitete Vorbehalte gegen unzureichende Rechte der Frau in islamischen Familien auf die katholische Kirche zu übertragen. Im Internet findet man mehrfach die Formulierung "Islamstaaten und Vatikan blockieren" und noch weitaus Abfälligeres. "Die Welt" gefällt sich unter der Überschrift "Vatikan bremst bei der UN-Frauenkonferenz" in der Phrase "Der Vatikan, in einer interessanten Kombination mit moslemischen Länder ...".

2. Die DLF-Meldung differenziert nicht die Art der Bedenken, die bei den islamischen Staaten und dem Vatikan unterschiedlich sein dürften. Bei der Durchsicht der Medien findet man schnell Aspekte, die der Gender-Ideologie entsprechen und von der katholischen Kirche nur allzu begründet zurückgewiesen werden müssen. "**Das Recht auf gynäkologische Versorgung**" (ZDF) ist offenbar im Text weiter enthalten, obwohl bekanntlich damit bewußt verschleiern auch künstliche Methoden der Empfängnisverhütung gemeint sind, ein für die katholische Kirche bitterer Kompromiß, wie man vermuten muß.

3. Hinsichtlich der bedenkentragenden Staaten heißt es in der ZDF-Sendung aber auch, nun mit offenem Visier: "Außerdem wollten sie keine Verweise auf das **Recht auf Abtreibung** aufnehmen." Die unverfrorene mediale Dauermanipulation in Deutschland macht schon fast vergessen, daß es nach unseren Gesetzen kein "Recht auf Abtreibung" gibt, sondern daß diese nur unter bestimmten Bedingungen nicht strafbar ist.

4. Ein weiterer Schwerpunkt des ursprünglichen Antrags ist aus folgendem Satz der ZDF-Nachrichten zu entnehmen: "Auf der anderen Seite gaben westliche Staaten, allen voran die Skandinavier, ihre Forderungen nach der Aufnahme des **Rechts auf Homosexualität und sexueller Gesundheit** auf." Offenbar gehört es zur Strategie des internationalen Genderismus, solche Forderungen unter der Überschrift "Gewalt gegen Frauen" mit durchzudrücken.

5. Bei Spiegel ONLINE heißt es mit Krokodilstränen: "Dennoch mußten vor allem westliche Staaten Kompromisse hinnehmen, ihre Forderungen wären noch weit über das Beschlossene hinausgegangen. So gibt es zwar ein Recht auf Sexualkundeunterricht, das letzte Wort haben aber die Eltern. Und im Vertragstext heißt es nicht einfach 'alle Geschlechter', sondern 'Frauen und Mädchen' - viele Teilnehmer hatten nicht gewollt, daß eine Unterscheidung überhaupt gemacht wird." Es besteht also ein starker Druck, das Elternrecht bei den sensibelsten Themen auszuhebeln und die Kinder den Genderideologen schutzlos auszuliefern; staatlich verpflichtend vorgeschriebener Sexualkundeunterricht wird als "Recht" bezeichnet. Was dort "alle Geschlechter" heißt, ist allzu bekannt. Weshalb schließlich von "Frauen und Mädchen" gesprochen wurde, versucht der Spiegel ONLINE-Text zu vernebeln,.

6. Die schließlich verabschiedete Erklärung scheint der zur Zeit bestmögliche Kompromiß zu sein, dem der Vatikan zustimmen mußte, um Schlimmeres zu vermeiden. Die Ziele der weltweit mit großer Macht operierenden Genderideologen gehen aber viel weiter, und es bedarf größter Anstrengungen aller Betroffenen, ihr ständiges Fortschreiten aufzuhalten. Daß der sehr begrenzte Erfolg, der u. a. durch den Vatikan erreicht werden konnte, sehr gefährdet bleibt, macht folgendes Zitat aus dem Bericht der Zeitung "Die Welt" deutlich: "Frances Kissling, Präsidentin der Organisation Catholics for a Free Choice geht in ihrer Kritik so weit, daß sie sich für eine Überprüfung des derzeitigen Beobachterstatus des Vatikans bei den Vereinten Nationen einsetzt. Als einziger bei den UN vertretenen Religion stünde dem Heiligen Stuhl diese Einflußmöglichkeit nicht zu. Der Einfluß des Vatikans sei zudem unverhältnismäßig stark, da 'sich kein Land auf einen Streit mit dem Papst einlassen will' ".

7. Spiegel ONLINE berichtete noch:

"Die ägyptischen Muslimbrüder hatten in einer auf ihrer offiziellen Website veröffentlichten Stellungnahme die Initiative noch am Donnerstag stark kritisiert. Darin hieß es, das Arbeitspapier zum 'Ende der Gewalt gegen Frauen' werde die Welt nicht etwa zum Guten verbessern, da der Titel des Statuts 'euphemistisch, irreführend und bewußt trügerisch' sei." Im oben dargelegten Sinne kann man einer solchen Formulierung durchaus zustimmen.

Das hier analysierte Beispiel einer medialen Manipulation ist willkürlich von mir ausgewählt. Leider kann man derartiges fast täglich feststellen. Es dürfte den allermeisten kaum möglich sein, sich durch eine Analyse der oben durchgeführten Art regelmäßig vor solcher Manipulation zu schützen. Hinzu kommt, daß Verleumdung und üble Nachrede sich allmählich verselbständigen und mancher Journalist sich wohl schon gar nicht mehr dieser Sünden gegen sein Berufsethos bewußt sein mag, sofern ihn die ständige Beeinflussung in immer gleicher Richtung schon tief im Sinne einer Voreingenommenheit beeinflußt hat.

Hier hat die katholische Kirche zumindest in Deutschland tragischerweise einen großen strategischen Kampf verloren, wenn sie ihn überhaupt aufgenommen hat. Es fragt sich, ob die doch immer noch üppig ausgestatteten Bistümer keinerlei Kapazität haben sollten, einer solchen verheerenden Entwicklung gegenzusteuern? Oder sollten in den katholischen Bistümern Kräfte wirksam sein, die den aufgezeigten Tendenzen sogar noch in die Hände spielen?

Aufklärung tut dringend not. Wacht auf!!